



Veranstungshinweis

Karl Lauterbach und Brigitte Zypries in Darmstadt

Im Rahmen meiner **Veranstungsreihe „Demographischer Wandel“** lade ich gemeinsam mit der SPD Weiterstadt Sie und Euch herzlich zu einer **Diskussion über das Gesundheitssystem** ein. Ich diskutiere mit Professor Karl Lauterbach, dem gesundheitspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Thematisch wird es unter anderem um das Modell der **Bürgerversicherung** gehen, das die SPD vor schlägt.

Die Veranstaltung findet statt am **Montag, 12. März, um 18.30 Uhr** im Bürgerzentrum Weiterstadt, Carl - Ulrich- Straße 9-11.

Der Eintritt ist frei!

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

7. März 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

am Sonntag haben sich CDU, CSU und FDP zusammengesetzt, um den Fahrplan für 2012 auszuhandeln. Das Koalitionstreffen hat leider keine der wirklich strittigen Fragen aufgegriffen: Alles, was dringend eine Entscheidung verlangt, ist vertagt – nichts wurde zur Pflegereform beschlossen, nichts zum Mindestlohn, nichts zur Aufstockung des Eurorettungsschirms ESM und vor allem nichts zur Tarifeinheit. Die Koalition verschließt einmal mehr die Augen und lässt zu, dass die Tariflandschaft zerfleddert. Erst bei der Bahn, dann beim Flugverkehr, demnächst im Gesundheitswesen. Seit einem Jahr fordern wir ein Gesetz zur Tarifeinheit. Die SPD ist in Bund und Ländern handlungsbereit. Mit dem Großteil der Gewerkschaften und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) besteht Einigkeit. Nur die Bundesregierung versagt vor der Realität!

In Sachen Bildungsföderalismus hat die Koalition zuletzt auch von den eigenen Sachverständigen einen Tadel kassiert. Dass der Bund den Ländern kein Geld für Schulen und Universitäten geben darf, blockiert die Zukunft Deutschlands. Das sagt nicht nur die SPD, sondern auch das Jahresgutachten 2012 der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI). Nun hat der Koalitionsausschuss beschlossen: OK, für die Hochschulen ändern wir das - aber mit einer durchgreifenden Änderung hat das nichts zu tun. Denn die Schulen, die dringend Geld vom Bund für den Ausbau der Ganztagsbetreuung bräuchten, bleiben außen vor, für sie soll das Kooperationsverbot bleiben. Das geht nicht! Deshalb wird es mit der SPD nur eine umfassende Grundgesetzänderung geben!

Aber nun zu diesem „Brief aus Berlin“: Anlässlich des Frauentags am 8. März beschäftigt er sich ganz mit den Frauenthemen, die diese Woche im Bundestag aus der Tagesordnung stehen!

Viel Spaß beim Lesen und herzliche Grüße aus Berlin!

Euse / Ihre Brigitte Zypries



Veröffentlichung der SPD-Fraktion
Positionspapier Industriepolitik

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein Positionspapier zur Industriepolitik mit dem Leitgedanken „**Impulse für den Standort Deutschland**“ entwickelt - letzte Woche hatte ich schon darauf hingewiesen.

Wir stellen darin Ideen und Konzepte zur Sicherung des Industriestandorts Deutschland vor. Die Broschüre enthält neben Analysen zur aktuellen Situation vor allem auch ganz konkrete Lösungsvorschläge, mit denen die SPD auf Fachkräftemangel, Finanzspekulationen & Co reagieren will.

Jetzt gibt es die Broschüre [hier](#) zum Download und [hier](#) als Heft zu bestellen!

Frauen in Führungspositionen - diese Woche geht es im Bundestag um Gleichberechtigung

Morgen, am 8. März, ist internationaler Frauentag. Das ist jedes Jahr wieder ein Anlass, über die Gleichberechtigung der Geschlechter zu sprechen. **Nach wie vor haben Männer und Frauen nicht dieselben Chancen im Beruf:** Frauen bekommen oft für dieselbe Arbeit weniger Geld als Männer, Frauen bilden die große Mehrheit in den schlecht bezahlten Berufen, haben sehr häufig befristete Stellen und die meisten „Minijobber“ sind auch Frauen. Das bedeutet für die Betroffenen nicht nur ein niedrigeres Einkommen während sie berufstätig sind, sondern später auch niedrigere Renten. Frauen sind deshalb auch überdurchschnittlich oft von Altersarmut betroffen.

In den prestigeträchtigen Berufen und in Führungspositionen gibt es immer noch viel weniger Frauen als Männer. Das ist so, obwohl Frauen bei der Ausbildung nicht nur aufgeholt, sondern die Männer in den letzten Jahren überholt haben: Sie haben im Durchschnitt bessere Schul- und Ausbildungsabschlüsse als ihre männlichen Mitbewerber. Trotzdem ist seit 2009 der Anteil von Frauen in Führungspositionen kaum gewachsen - der Anteil weiblicher Vorstandsmitglieder war 2011 sogar rückläufig. **Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung hat ergeben, dass letztes Jahr in den Vorständen der 200 größten deutschen Unternehmen nur 3 Prozent Frauen zu finden waren!**

Die freiwillige Vereinbarung, die vor zehn Jahren mit der Wirtschaft getroffen wurde, hatte längst nicht den gewünschten Effekt - wir haben gesehen, dass Freiwilligkeit noch nicht zu Chancengleichheit führt. Ich glaube, dass wir das Ziel, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, nur mit einer verbindlichen Regelung erreichen. Deshalb bringt die SPD in dieser Woche den Entwurf eines „**Gesetzes zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wirtschaftsunternehmen**“ in den Bundestag ein. Damit soll schrittweise eine Frauenquote von 40 Prozent in Vorständen und Aufsichtsräten erreicht werden. Durch mehr Frauen in Führungspositionen kann auch mehr Bewusstsein und Verständnis für weibliche Karriereplanung in den Unternehmen geschaffen werden - das kommt dann allen dort angestellten Frauen zugute.

Auch auf europäischer Ebene bewegt sich etwas: EU-Kommissarin Viviane Reding hat für diesen Sommer konkrete Vorschläge für eine EU-weite Quote angekündigt. Laut dem neuesten „Eurobarometer“, einer repräsentativen Umfrage in den Ländern der EU, wünschen sich übrigens drei von vier Europäern eine gesetzliche Regelung dazu!



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel/](#) Konstantin Gastmann (S. 2)
[aboutpixel/](#) Sven Schneider (S. 3)

Weitere Initiativen für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Im Demografiebericht, den die Bundesregierung letzte Woche vorgestellt hat, beklagt sie sich über den Mangel an Frauen im Beruf, über Defizite bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zu Recht, denn das sind auch beklagenswerte Zustände! Nur frage ich mich wirklich, warum die Koalition dann mit dem „Betreuungsgeld“ Frauen vom Beruf und Kinder von der Bildung fern hält und dafür zwei Milliarden Euro verschwendet, die wir zum Ausbau von Ganztags-Kita-Plätzen dringend gebrauchen können! Schließlich streitet die Koalition auch noch ergebnislos über Frauenquoten für Führungspositionen und nimmt hin, dass Frauen systematisch schlechter bezahlt und steuerrechtlich benachteiligt werden. Weitere Initiativen in dieser Woche im Bundestag:

Die Gleichberechtigung in Entwicklungsländern fördern

Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein völkerrechtlich verankertes Menschenrecht und ein zentrales UN-Millenniumsziel. Um die Lebensbedingungen der armen Weltbevölkerung zu verbessern, müssen vor allem die Frauen gestärkt werden. Denn das hat sofort positive Wirkung: Armutsverringering, höheres Gesundheitsniveau, steigende Lebenserwartung und Wirtschaftswachstum. In einem gemeinsamen Antrag mit CDU/CSU, FDP und den Grünen fordern wir die Bundesregierung dazu auf, den sogenannten „Gender-Aktionsplan“ fortzuführen. Alle nationalen und internationalen Maßnahmen, die Frauen stärken und schützen, müssen gefördert werden. Entwicklungszusammenarbeit, die die Belange von Frauen besonders im Blick hat, soll auch auf der Ebene der Europäischen Union und der UN finanziell unterstützt werden.

Das Leid der „Trostfrauen“ anerkennen und wiedergutmachen

Als „Trostfrauen“ werden Hunderttausende asiatische Mädchen und Frauen bezeichnet, die während des Zweiten Weltkriegs in von Japan besetzten Ländern zur Prostitution gezwungen wurden. Japan hat sich einer angemessenen Aufarbeitung dieser Verbrechen bislang verweigert. UN-Resolutionen haben jedoch auf die Verantwortung Japans für die Menschenrechtsverletzungen hingewiesen und den Opfern das Recht auf Einzelentschädigung zugesprochen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, auf die Umsetzung der UN-Resolutionen hinzuwirken, damit die Menschenrechtsverletzungen als solche anerkannt und die Verantwortlichen bestraft werden. Die überlebenden Opfer sollen eine offizielle Entschuldigung erhalten und entschädigt werden.